

Saale-Beitung.

Sechszwanzigster Jahrgang.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postamtlicher
Bestellung 2,50 M., durch die Post
1,25 M., auswärts halbjährlich 4 M.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Am nächsten Zeitungsbereicher
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unterlagte eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit Einverständnis:
„Saale-Beitung“ gestattet.
Verleger: der Redaktion Nr. 1100;
der Annoncen-Beilage Nr. 1102.

Anzeigen
werden die Spaltenbreite oder wenig
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von
unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle
und auswärts 1 M.
Erhalten täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brunnenstraße 17;
Redaktions-Geschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-
straße 63, I; Telefon Nr. 591 u. 174.

Nr. 444.

Halle a. S., Donnerstag, den 22. September.

1910.

Stöckers Glück und Ende.

Demnachst erscheint ein umfangreiches Quellenwerk in zwei Bänden über das kirchliche und politische Wirken des Hofpredigers Kaiser Wilhelms I. und Begründers der christlichsozialen Partei aus der Feder seines Parteifreundes Dietrich v. Dreyen, dem die Witwe die Sichtung des schriftlichen Nachlasses übertragen hat. Die „Deutsche Welt“ ist durch den Verlag in den Stand gesetzt, den Inhalt einiger interessanter Abschnitte, die die Geschichte des unfreiwilligen Rücktritts Stöckers vom Hofpredigeramt behandeln, schon jetzt kurz zu skizzieren. Die Publikation erhält ihren besonderen Wert dadurch, daß die in dieser Angelegenheit ergangenen Erlasse des alten Kaisers wie der offizielle Briefwechsel des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates, Hermes, hier zum erstenmal im authentischen Wortlaut veröffentlicht werden. Die Kundgebungen des Kaisers lassen — was man ja auch bisher schon wußte — keinen Zweifel darüber, daß die gefährlichen Wirkungen der politischen Demagogie seines Hofpredigers von dem Monarchen von Anfang an klar erkannt worden sind. Daß es nicht schon eher zum Bruch kam, hatte Stöcker nur der außerordentlichen Mißbe und Nachsicht und der leicht zum Verzeihen geneigten Denkart seines kaiserlichen Herrn zu verdanken, der sich nur schwer von seinem in fälschlicher Beziehung ihm außerordentlich inympathischen Hofprediger trennen konnte. Die intrasigante Haltung Stöckers, seine schroffe, fast feindselige Aufsehung gegen die klar und bestimmt ausgesprochenen Wünsche des Monarchen bewirkten freilich eine erhebliche Abkühlung der bisherigen Sympathien des Kaisers für Stöcker, wie sehr auch Hermes, Rudolf Rögel, v. Wedelschwang und Prinz Albrecht bemüht waren, das alte Vertrauensverhältnis wieder heraufzulenken. Aus dieser Publikation geht ferner mit aller Deutlichkeit hervor, daß gerade das antiklerikale Wirken Stöckers den Umfassung in dem Urteil des Kaisers über seinen Hofprediger hervorgerufen hat.

Der alte Kaiser schätzte seinen Hofprediger sehr, ehe dieser den Kampf gegen das Judentum aufnahm. Noch im Jahre 1880 sprach er ihm schriftlich seinen lebhaften Dank für ein in Abgeordnetenhaus gehaltenes Rede aus. Dann aber, als Stöcker im Juni 1880 gelegentlich Reichsreden in seine Neben hineingezogen hatte, erging auf Veranlassung Bismarcks unter dem 29. Dezember 1880 ein Allerhöchstes Handschreiben an den Hofprediger:

„Ihre Tätigkeit als Leiter des von Ihnen gegründeten christlichsozialen Arbeitervereins habe ich mit Bezug auf Ihre Vorlesung vom 23. September d. J., aus Anlaß einer Anmerkung des Geheimen Kommerzienrates von Reichsredner, Bericht von dem Reichstagsler und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten erfordert und die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn Sie auch bei Ihren sozialen Bestrebungen von guter Absicht geleitet werden, so doch Ihre bisherige Tätigkeit von Ausschreitungen nach Form und Maß nicht frei geblieben ist. Ich kann insbesondere Ihnen Meine Mißbilligung darüber nicht vorenthalten, daß Sie durch Hinweglassung auf einzelne große Vermögen, wie in der Rede vom 11. Juni dieses Jahres geschehen, und auf die Unzulänglichkeit der von Meiner Regierung zugunsten der Arbeiter beschaffenen Schritte, denen Sie, insbesondere in der am 14. Oktober dieses Jahres in der Verammlung des Zentralvereins für Sozialreform gehaltenen Rede, weitergehende Ziele gegenüberstellen, Befehlshabern, zu deren Verwirklichung ich Sie kein Mittel kennen, mehr erregt als beruhigt haben. Ich erwarte, daß Sie fortan überhört, wo Sie öffentlich auftreten, auch außerhalb Ihres geistlichen Amtes die dem letzteren besonders obliegende Pflege des Friedens unter allen Klassen Meiner Untertanen unterzeit im Auge behalten werden.“
Wilhelm.

Diese Verwarnung veranlaßte Stöcker anfangs zu einiger Zurückhaltung; sein Fanatismus brach aber bald wieder durch, als er drei Jahre später in London in öffentlicher Verammlung sich in häßlicher Weise über die Zustände in Deutschland äußerte. Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Hermes, mußte ihm infolge dessen unterm 29. November 1883 folgende offizielle Eröffnung machen:

„Euer Hochwürden bin ich verpflichtet, von folgendem heute an mich ergangenen Allerhöchsten Erlasse Kenntnis zu geben:

„Ich beauftrage Sie, dem Hofprediger Stöcker, dessen Bericht vom 22. d. M. über seine Reise nach London mir vorgelesen hat, zu eröffnen, es habe Mein ernstes Mißfallen erregt, daß er, ohne von Mir den erforderlichen Urlaub eingeholt zu haben, sich nach London begeben, sowie daß er mit Hintanhaltung seiner Stellung als Hofprediger dort im Zustande, neben Luthererträgen und -predigten sozialpolitische Fragen öffentlich verhandelt und damit den vorgelommenen kompromittierenden Auftritten sich und sein Amt ausgesetzt hat. Demselben ist zugleich zu eröffnen, daß ich überhaupt bei seinem außerordentlichen Auftreten vielfach den Takt vermissen, welcher zur Wahrung der Würde seines Amtes und Berufs als Hofprediger unumgänglich geboten ist. Ich erwarte, daß er fortan diese Nachsichten pflichtmäßig mit sorgfältigster Strenge beobachtet.“
Indem ich mich dieses Allerhöchsten Befehls hiermit entledige, wünsche ich nichts weiter, als daß es Ihnen gefügt,

alles zu vermeiden, was zu weiterem Allerhöchsten Mißfallen Anlaß geben könnte.

Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates,
Hermes.“

Auch diese Ermahnung blieb fruchtlos, und so sah sich denn Hermes unterm 27. Juli 1885 genötigt, dem renitenten Hofprediger im Auftrage des Monarchen seine Demission nahezusetzen.

Tags darauf schrieb der damalige Minister des Innern v. Puttkamer an Stöcker:

„Glauch, den 31. Juli 1885.
Sehr verehrter Herr Hofprediger!

Das Schwierige Ihrer Lage wurzelt offenbar nicht in dem prinzipiellen Kernpunkte der Stellung, in welche Sie durch Ihr politisches Wirken und die beiden Prozesse geraten sind. Der Kaiser ist sicherlich nicht sonderlich in unbehaglicher Stimmung ob der letzten Ereignisse, weil es sich um Ihre Person und ihr sich handelt, als vielmehr deshalb, weil er — ob mit Recht oder mit Unrecht, bleibe dahingestellt — in der Vorstellung lebt und darin von außen her bestärkt wird, daß der ogitorisch auftretende Hofprediger Seine Allerhöchste Person in eine Art von Solidarität hineinzieht, von der Er. Majestät nun einmal nichts wissen wollen. Aus diesem Grunde glaube ich auch, offen gestanden, nicht recht an die Möglichkeit einer Umformung des Kaisers, ich meine einer grundsätzlichen, zu Ihnen Gunsten ...“

Allen diesen Warnungen, die durch Zureden erprobter Freunde unterflüßt wurden, setzte Stöcker ein schroffes Nein entgegen. In einem Brief an seine Gattin (5. August 1885) kommt die erlauchene Selbstüberhebung des Fanatiklers, der „gegen diesen Unfinn kämpfen“ will, solange er „noch eine Stachnadel aus Waffe weiß“ (Brief vom 7. August 1885), zu pathetischem Ausdruck:

„Will man wirklich den Königsprediger dem Königsbeleidiger (der von Stöcker verlagte Redakteur Bäder hatte wegen Majestätsbeleidigung im Gefängnis gesessen) unter die Füße werfen, so ist das so etwas Kolossales, daß das Persönliche für mich ganz juristisch.“

Stöcker setzte schon damals, wie aus Briefen an seine Gattin hervorgeht, große Hoffnungen auf die Fürsprache des Prinzen Wilhelm und seiner Gemahlin bei dem alten Kaiser. Der Prinz hatte an den Kaiser geschrieben, und Stöcker äußerte sich infolgedessen in einem Briefe an seine Gattin, datiert vom 10. August 1885, frohen Mutes: „Der Brief des Prinzen Wilhelm muß doch einen Eindruck gemacht haben.“ Später steht sich allerdings Walbersee veranlaßt, ihn von dieser Illusion gründlich zu kurieren. Dieser schrieb nämlich Mitte Januar 1888 an Stöcker:

„Ich kann die Lage nicht so günstig ansehen wie Mirbach. Prinz Wilhelm nimmt doch manchmal die Verhältnisse etwas zu leicht, wie Sie ja auch an dem Briefe des Kanzlers gesehen haben. Noch meinen Eindrücken ist beim Kaiser kräftig agitiert worden und auch speziell gegen mich. Nur auf einige Aufklärungen des Prinzen Wilhelm hin ändert der Kaiser seinen prinzipiellen Standpunkt so leicht nicht.“

Gleichwohl scheint es Tatsache zu sein, daß zur Zeit des Stöcker-Bäder-Prozesses Prinz Wilhelm und seine Gemahlin für Stöcker ein gutes Wort einzulegen suchten. Am 26. August 1885 schreibt Stöcker nämlich an seine Gattin: „Er habe aus einwandfreier Potsdamer Quelle erfahren, Prinz Wilhelm sei jernig über das gerichtliche Urteil, die Prinzessin habe gesagt, wenn sie nicht fürchte, daß ein Brief bekannt werden könnte, würde sie am liebsten an Stöcker schreiben.“

Damals schrieb auch die Prinzessin Wilhelm (die jetzige Kaiserin) aus Heiligenbamm an Stöcker (5. August 1885):

„Geheuer Herr Hofprediger!

Wenn ich in jeder Zeit des Kampfes und der Anfechtung Ihnen wohl leider nicht von Nutzen sein kann, so möchte ich doch, daß Sie wissen, wach warmes Interesse ich für Sie fühle, und wie sehr ich anerkenne, was Sie fürs Vaterland und speziell auch fürs Königshaus getan haben.“

Ihrem Schreiben lag ein Brief des nachmaligen Oberhofmeisters Reicherrn v. Mirbach bei, in dem es hieß, es sei ein Herzenswunsch der Prinzessin, „jemandem, den sie wie Sie geehrt, auszusprechen, wie doch es ihr tut, daß Sie so geachtet und verehrt werden.“

Die Freundschaft der nachmaligen Kaiserin hat sich Stöcker später, wie erinnert, durch allzu plumpe Vertraulichkeit verherbt, da er sie in der Öffentlichkeit in überstarker Weise als seine „liebe Freundin“ apostrophierte, gerade so wie der alte Kaiser — nach dem doch gewiß unantastbaren Zeugnis Puttkamers — sich unangenehm berührt fühlte durch den ungenierten Versuch seines Hofpredigers, ihn für seine politischen Zwecke als Bundesgenossen zu reklamieren. Die Kontroverse wurde schließlich beendet durch ein Schreiben des Oberkirchenratspräsidenten an Stöcker (das Datum gibt Dreyen nicht an):

„Nach Prüfung des Sachverhalts eröffnen wir nunmehr Euer Hochwürden, daß diese beiden Erkenntnisse (im Bäder-Prozess), abgesehen von einzelnen Schlussfolgerungen, die Tatsache außer Zweifel stellen, daß Sie die bei der Vieltätigkeit Ihrer öffentlichen Tätigkeit besonders notwendige Vorsicht in Ihren Äußerungen nicht immer beobachtet und in öffentlichen Veranlassungen in bezug auf Ihre politischen Gesinnung sich heftiger und ehrerbietender Ausdrücke bedient haben.“

Wir haben hierin zwar einen benigenden Anlaß nicht finden können, disziplinarisch gegen Sie einzuschreiten, müssen aber um so mehr die Erwartung aussprechen, daß Sie aus dem Ergebnis jener Frageverhandlungen eine Mahnung zur Vorsicht und Wahrung selbst entnehmen und, um beratigen Kollisionen für die Zukunft zu vermeiden, Ihre soziale und politische Tätigkeit nach Art und Umfang in einer den Anforderungen Ihrer Amtstellung entsprechenden Weise einschränken werden.“
Hermes.“

Stöcker hat sich, wie der weitere Verlauf seiner Tätigkeit gezeigt hat, diesen Ermahnungen und Warnungen gegenüber absolut unangänglich erwiesen, und so war denn die Katastrophe, die freilich erst einige Jahre nachher unter dem Entel Kaiser Wilhelms I. eintrat, unvermeidlich. Die spätere politische Entwidlung des Prinzen Wilhelm war für Stöcker vielleicht die schmerzhafteste Enttäuschung seines an politischen Erfolgen nicht gerade überreichen Lebens.

Deutsches Reich.

Die politischen Rückwirkungen des Besuchs Kaiser Wilhelms in Wien.

Die heutigen Wiener Morgenblätter besprechen an leitender Stelle die geistige Rede Kaiser Wilhelms in entzündlicher Weise und erklären, diese Rede müsse in der Geschichte der Stadt Wien mit goldenen Lettern verzeichnet werden. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: „Kaiser Wilhelm hat gestern mit Wien Freundschaft geschlossen und Wien mit ihm!“

Die allgemeine Auffassung in nachgebenden Kreisen Österreich-Ungarns über den Besuch des deutschen Kaisers am Wiener Hof ist folgende: Von einem politischen Erfolg des Besuchs Kaiser Wilhelms in Wien kann infolgedessen kaum gesprochen werden, als an dem festgestellten Bündnis beider Häuser nicht gerüttelt werden kann. Im Verkehr der Monarchen und in dem Kaiser Wilhelms mit den Erzherzögen lag eine ungemein große Verzicht.

In Budapest zirkulieren Gerüchte von der angeblich bevorstehenden Verlobung des Erzherzogs Karl Franz, des ältesten Sohnes des verstorbenen Erzherzogs Otto, mit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen. Angeblich soll es gelungen sein, die bestehenden konfessionellen Schwierigkeiten zur beiderseitigen Zufriedenheit zu beseitigen.

Aus Wien wird gemeldet: Kaiser Wilhelm ist Mittwochabend 9 Uhr 20 Minuten von hier nach Sigmariningen abgereist. Er wird auch in diesem Jahre einige Tage als Jagdgast des Fürsten Jankel von Donnersmarkt auf Schloß Ruedeb verbringen. Nach der „Schlesischen Zeitung“ soll dieser Besuch am Schluß des Monats November stattfinden. Während des Kaiserbesuches wird wahrscheinlich auch die Einweihung der technischen Hochschule und der Kaiserbrücke in Breslau stattfinden.

Neue Steuern.

„Aus Frankfurt a. M. wird uns telegraphisch gemeldet: In einer Bepropfung über den Reichshaushaltsetat kommt der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Ztg.“ zu der Befürchtung, daß es ohne neue Steuern nicht abgehen werde, nachdem die im Vorjahre beschlossenen Steuern die gehesten Erwartungen nicht erfüllt haben.“

Und die Veteranen?

L. C. Die Konferenz des Reichstagslers mit Staatssekretären und Ministern wurde, als sie angekündigt wurde, vielfach den dringenden Verdrach, daß ihr hauptsächlichster Refusakt der Entschluß sein würde, der Steuererhöhung, so fest sie auch bereits angedeutet ist, einen neuen Aufschlag zu geben. Denn man hatte ja gehört, in welchen Mäßen sich der Staatssekretär befände, um mit seinem Etat zurückzukommen. Nun ist von verchiedenen Seiten berichtet worden, daß die Beratungen nicht der Vorbereitung neuer Steuererlagen gegolten hätten, sondern daß man sich mit äußerster Sparsamkeit zu helfen gedente. Es ist aber; aber soll diese äußerste Sparsamkeit, die sonst gewiß sehr zu loben ist, sich auch weiter auf die Veteranenfrage erstrecken? Ob man dieser Verpflichtung sich überhaupt wohl erinnern haben mag? In Mähtungen hat es ja die Presse gerade in letzter Zeit wahrlich nicht fehlen lassen.

Ein agrarisches Sonmor.

Das Bestreben der Konfederation, auch in den Städten an Boden zu gewinnen, scheint die Unterfütterung des Bundes der Landwirte nicht zu finden. Wenigstens tut

dessen Rettung alles, um die fähigste Bevölkerung abzu-
schaffen. Auf einen am letzten Sonntag auf dem Dobrod
vom Bunde der Landwirte veranstalteten, sogenannten nord-
hannoveranischen „Heimat“ fest hat Dr. Certeil, Chef-
redakteur der „Deutschen Tages-Zeitung“, eine Ansprache
gehalten, in welcher er nach dem ausführlichen Bericht eines
Besuches (s. „Neuhaus-Dr. Jg.“) folgenden Ausspruch tat:
„Die Stadt vermag nicht blühendes Leben in
sich zu finden, aber das Land vermag blühendes
Leben zu finden.“ Wenn man dieses an
den sozialdemokratischen Beschlüssen erinnern konnte
mit dem für Friedberg-Bündigen bündelweise geprägten
Schlagwort zusammenfassen, von den Beamten, die nicht
arbeiten, aber Koteletts freuen wollen, so groß
wie „Abtrittsdekel“ — so will uns doch scheinen, daß
jede weitere Diskussion darüber, von welcher Seite die
Berührung zwischen Stadt und Land, sowie zwischen den
bürgerlichen Erwerbs- und Berufsgruppen betrieben wird,
überflüssig ist.

Der Privatbeamtenversicherung.

Die „Westfäl. Vol. Nachr.“ glauben neulich, daß aller-
schleunigsten die Einführung der Privat-
beamtenversicherung bevor stehen zu müssen, die
parlamentarische Durchberatung dieses
wichtigen Gesetzeswerkes noch einem Reichstag anzuver-
trauen, der kurz vor den Neuwahlen stünde. Die „Nat. Bl.“
„Korrespondenz“ widerpricht dem. Sie schreibt: „Auch
wir sind überzeugt, daß in der kommenden Session“ des
Reichstages die Gefahr vorliegt, daß maßstablose Ermäug-
nungen das Verhalten der Parteien leicht hin und da beein-
flussen können. Aber es ließe die Daseinsberechtigung parla-
mentarischer Institutionen leugnen, wenn man annehmen
wollte, daß die bürgerlichen Parteien bei der Behandlung
einer von ihnen allen gemeinsam als unaussprechbar
betrachteten Angelegenheit sich von wenig einwandfreien
Wahlrichtlinien leiten ließen. Parteien und Regierung
haben die Notwendigkeit und die Unausweichlichkeit der
Lösung dieser Frage so stark betont, daß ein Verlangen beider
Faktoren in dieser für unser wirtschaftliches Leben höchst
wichtige Bedeutung erlangenden, wertvollen Angelegenheit
unseres schmerzlichen, berechtigten Vermissens aus-
zuweisen geeignet wäre. Die nationalliberale Partei hat
jedenfalls an ihrer durch ihre Fraktionsredner, wie namentlich
durch Abg. Dr. Stresemann vertretenen Auffassung ein-
mütig fest, daß es eine Ehrenpflicht für Regierung und Par-
lament ist, diese nach ihrem Dafürhalten reife Frage in der
kommenden Reichstagsession zur gesetzgeberischen Lösung
zu bringen und sie wird mit dem Nachdruck, den eine große
bürgerliche Partei parlamentarisch auszusprechen imstande ist,
an der Verwirklichung mitarbeiten. Die nationalliberale
Partei hofft, durch ihr Eintreten für diesen einmütigen
Wunsch unserer großen Privatbeamten schaft
nicht nur die Lage im Lande, dem zahlreichen Heere ab-
hängiger Angestellter, sondern darüber hinaus dem wohlver-
standenen Interesse unserer gesamten Industrie zu dienen.“

Die Weisungen der Kaufmannschaft von Berlin und das Reichsverwaltungsgericht.

Wie bekannt, hat der vor kurzem in Danzig versammelte
gemeine 90. Deutsche Juristentag sich mit der Frage, ob
ein Bedürfnis für ein deutsches Reichsverwaltungsgericht
vorliegt, beschäftigt und in einem Beschlusse diese Frage be-
jaht. Der Präsident der Kaufmannschaft, Krampe,
hat als Reichstagsabgeordneter bereits in der
Sitzung des Reichstages vom 19. Januar 1903 bei Beratung
des Etats der Reichsjustizverwaltung den Vorschlag der
Etablierung eines Reichsverwaltungsgerichts ausgesprochen.
Die Weisungen der Kaufmannschaft von Berlin haben nun
mehr in ihrer Plenarversammlung am 19. September 1910 den
Beschlusse des Juristentages mit Genehmigung bekräftigt.
Da besonders auch von gewerblichen und kauf-
männischen Standpunkte aus ein dringendes Be-
dürfnis nach der Errichtung eines Reichsverwaltungs-
gerichts besteht.
Diese Erklärung der Kaufmannschaft trägt
hauptsächlich dazu bei, daß an den maßgebenden Stellen der
Frage jetzt endlich näher getreten und ein gangbarer Weg
gefunden wird, auf welchem dem Bedürfnis nach einem
Reichsverwaltungsgericht in befriedigender Weise abgeholfen
werden kann.

Die Fideikommissen im Paradies.

DEK. In Zsin hat eine Wählerversammlung statt-
gefunden, in der die Wahl von F. P. Bloch nach
den üblichen Klagen ein kleines Mandat ergab, das zwar
nebenbei auf das „heiligt“ Verständnis seiner Zuhörer ver-
schrieben war, durch ein Kompliment vor dem preußischen
Staatsminister aber in einer Polenerversammlung angenehm
auffiel. Die „Münch. Zeitung“ berichtet darüber:
„Infolge unserer Trägheit und Sammeligkeit ist unser
Katerland zerrissen worden, und durch Gottes Güte sind wir
unter eine Regierung gekommen, deren Götzen man geradezu
bewundern muß. Ich will ein Märchen erzählen, das an die
Helden erinnert, denen wir angehören. — Gott suchte einen
Mann, der Adam vor sich Gerüst bringen sollte. Da lag er
einen Mann mit aufgewickelter Schnur bereit
— das war ein Pole — und sagte zu ihm: „Rufe mit dem
Namen.“ Als der Pole zu Adam kam, fragte ihn dieser: „Was
willst du?“ — „Gott hat mich noch nicht geschickt, du sollst vor ihm
erscheinen, denn du hast eine Dummheit begangen.“ — Da sagte
Adam ihm Ungarn ein vor und sagte: „Wir werden uns
amüsieren.“ Der Pole sagte ja, trat Ungarn ein
und schief ein, worauf ihn Adam aus dem
Paradies ließ.“ Darauf schickte Gott einen Mos-
kowitzer zu Adam. Dem bewährte Adam mit „Zapfij“ (reiner
Kornbranntwein), bis er einsehlich und stief ihn dann auch
zum Paradies hinaus. Da lag Gott im Himmel etwas hinten,
das war eine Fideikommiss, ein Preuß; den schickte er
jetzt zu Adam. Dem sagte Adam wieder Biez vor, und als er
(der Preuß) sah vollgetrunken hatte, da — siehe er trank sein Heim
auf und sagte: „Im Namen Gottes, Sie sind mein Arelant!“
Hoffentlich machen die Polen nun auch die nötige Auf-
merksamkeit, daß der preußische Mar geschickt, was ihm
gehört.

Die Binnenwanderungen im Deutschen Reich.

Zum ersten Male vermittelt die neue Verfassung einen
Einblick in die abgedruckten Bevölkerungsveränderungen in-
folge der Binnenwanderungen. Bisher gab allein die Volks-

zählung darüber Auskunft, ohne den Beruf zu berücksichtigen.
Von der Gesamtbevölkerung im Jahre 1907 von 61,7
Millionen Seelen sind 60 378 235 im Deutschen Reich,
1 342 294 Personen außerhalb der Reichsgrenzen geboren.
Von den im Reich Geborenen sind am Zählungstage 31 395 429
Personen in denselben Gemeinde, in der sie geboren sind, auch
als anwesend ermittelt worden. Die größte Zahl dieser Schaf-
schaften, nämlich 19 Millionen, sind Angehörige ohne eigenen
Hauptberuf, also vielfach Kinder. Die Zahl der aus ihrer
Geburtskommune geschwanderten reichsbürgerlichen
Bevölkerung, insgesamt 29 982 806 Köpfe, ist etwas ge-
ringer als die Zahl der Schafften (31 Millionen), aber
hierin sind nur 10,8 Millionen Angehörige ohne Hauptberuf
enthalten. Entfallen auf die Geschäften 12 Millionen Er-
werbstätige, Berufslose und Dienende, so stellt sich die Zahl
dieser drei Bevölkerungsgruppen bei den Gewanderten höher,
nämlich auf 18 Millionen. Von diesen sind 6 327 978 in der
Industrie tätig, an zweiter Stelle folgt die Landwirtschaft
mit 4 324 048, lebend in der Handel mit 383 225, die beruf-
losen Selbständigen mit 229 Millionen, die freien Berufe
und der öffentliche Dienst (mit Einrechnung des Militärs)
mit 1 477 719 Personen, und weiter leben 1 032 828 bei der
Herrschaft wohnende Dienende nicht am Geburtsort. Danach
hat nur die Land- und Forstwirtschaft ein Ubergewicht an
Geschäften über die aus anderen Gemeinden Zugewanderten,
in allen anderen Berufsabteilungen ist die Schaff-
zeit geringer als die Zuwanderung.

Der Austausch zwischen Stadt und Land weist
unter der gesamten Reichsbevölkerung 2,6 Millionen auf,
die stativzu geblieben sind. Nicht ganz so viel, 2,5
Millionen, waren dem platten Lande zue. Die Zahl
derjenigen, die ihre Geburtskommune verlassen haben, aber
dem platten Lande oder der Stadt treu geblieben sind, be-
trägt 16 684 010 Seelen. Dazu treten 10 292 448 Land-
bürger, die in die Stadt abgewandert sind, und 2 006 348
geborene Städter, die aufs Land hinausgezogen sind. Bei
Einblick der Geschäften erweisen sich 8,7 Millionen Erwerbs-
tätige der Stadt und 11,1 Millionen dem offenen Lande
treu. Mehr als die Hälfte aller vom Lande in die Stadt
übergeleiteten Erwerbenden sind in der Industrie tätig,
nämlich 2 809 800.

Parlamentarisches.

Reichsversicherungsordnung.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

)) Berlin, 22. Sept.

Am Dienstag trat die Kommission für die Reichs-
versicherungsordnung wieder zusammen, um ihre Beratungen beim dritten
„Anfallversicherung“ fortzusetzen. Es wurde zunächst in eine Ge-
neraldiskussion über den Kreis der versicherungspflichtigen Per-
sonen eingetreten. Der § 500 mit gegenüber dem bestehenden Ge-
setze einige Erweiterungen einbringen lassen, insbesondere durch Aus-
dehnung der Versicherungspflicht auf den Betrieb des Des-
tanteure und Bedienten sowie auf das nicht gewerbe-
mäßige Halten von Reitern und solchen Fahrgeuren, die durch
elementare und tierische Kraft bewegt werden. Ein sozial-
demokratischer Antrag fordert in erster Linie Entziehung
auf alle der Krankenversicherungspflicht unterliegenden Personen,
für den Fall der Ablehnung dieses Antrages auf eine größere An-
zahl von Betrieben, z. B. Barbier- und Friseurgeschäfte,
Bäckereien, Schneider, Schuhmacher, Gast- und
Schankwirtschaften usw. sowie auf Dienboten. Diese
Anträge wurden abgelehnt unter Anerkennung der von den
Regierungsvertretern geltend gemachten Gründe, worauf die
Anfallversicherung anfänglich nur als Ersatz
der Haftpflicht gedacht gewesen und auch bei späteren
Ausdehnungen immer nur dem Selbstschutz angehangen worden
würde, die mit einer erheblichen, über den Umfang des täglichen
Lebens hinausgehenden Unfallgefahr verbunden seien.

Derselbe sozialdemokratische Antrag fordert Aus-
dehnung der Versicherungspflicht auf Personen, die bei der Rettung
von Personen oder Sachen verunglückt sind. Hiergegen wurde
geltend gemacht, daß diese Angelegenheit im Rahmen des Unfall-
versicherungsgebietes wegen des Umfanges der notwendig werden
besonderen Bestimmungen nicht angängig sei. Dies wurde von
der Mehrheit der Kommission anerkannt. Von nationallibe-
raler Seite wurde darauf hingewiesen, daß es sich hierbei um
eine alte nationalliberale Forderung handle, die zum letzten Male
durch einen im Dezember 1909 gestellten und angenommenen
Initiativantrag zum Ausdruck gebracht ist, dessen Erfüllung durch
die Erklärung der verbliebenen Regierungen in großräumige Nähe
gerückt sei, daß ein verlässlicher Gesetzentwurf bereits ausgearbeitet
sei. Es müßte aber dringend gewünscht werden, daß dieser Ge-
setzentwurf zunächst bei dem Reichstag vorzulegen werde. Der
sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.
Ebenso wurde ein nationalliberaler Antrag abgelehnt, der die in
Ziffer 10 des § 560 vorgesehene Einziehung der kaufmännischen
Unternehmungen in die Unfallversicherung nach den Wünschen des
deutschen Handelstages und einer großen Anzahl von Handels-
männern geregelt wissen will. Schließlich wurde, nachdem auch die
Einbeziehung von Friedhöfbetrieben und Gärtnereien sowie von
Zren- und Kranenanlagen abgelehnt war, die Regierungs-
vorlage unverändert angenommen.

In der Mittwochsitzung wurde die Beratung bei § 561 fort-
gesetzt. Einen breiten Raum nahm hierbei die Aussprache ein
über die Entschädigung von Unfällen, die sich auf dem
Weg zur und von der Betriebsstätte ereignen, die ein zu
§ 566 gestellter sozialdemokratischer Antrag schließlich für ent-
schädigungspflichtig erklärt wissen wollte. Die Aussprache ergab,
daß auch bei Annahme dieses Antrages die Späterbestimmten,
die noch jetzt trotz der wohlwollenden Substanz des Reichsversiche-
rungsrechts sich häufig ereignen, nicht zu vermeiden sein werden.
Der Antrag wurde daher abgelehnt.

Weiter lag zu § 566 ein Zentrumsantrag vor, wonach
für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten die
Gehaltsgrenze von 3000 auf 5000 Mark er-
höht werden soll. Hiergegen wurde hauptsächlich ein-
gewendet, daß durch Annahme dieses Antrages eine starke Be-
lastung der versicherungspflichtigen Kleinbetriebe, in denen solche
Personen nicht beschäftigt sind, zugunsten der Großbetriebe ein-
treten werde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Angenommen wurde zu § 563 ein nationalliberaler Antrag,
der an Stelle der Ziffer 2 der Regierungsvorlage eine von der
See-Versicherungsgesellschaft gewinnfreie Fassung wähl.
Längere Auseinandersetzungen veranlaßte endlich die Frage der
Entschädigung von Berufsranheiten. Ein darauf ge-
richteter sozialdemokratischer Antrag, der die Entschädigungspflicht
schließlich fordert, sowie ein Zentrumsantrag, der die Festsetzung
gewisser Arten von Berufsranheiten, bei denen Entschädigung

gewährt werden soll, dem Bundesrat überlassen will, wurden ab-
gelehnt, nachdem für die Mehrheit der Kommission die Unab-
führbarkeit der gemachten Vorschläge sich ergeben hatte.
Die §§ 561—568 fanden, soweit notwendig nichts anderes an-
gegeben, mit unannehmlichen Änderungen Anwendung.

Parteinachrichten.

Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei. Die
Nationalliberale und die Fortschrittliche Volkspartei
haben sich kürzlich in ihrer Wahlkreisversammlung mit den
nächsten Reichstagswahlen beschäftigt. Nationalliberale
Blätter berichten darüber: Ein Beschluß über das Verhalten
der Partei bei den kommenden Wahlen wurde nicht gefaßt.
Die Großhaushalt wurde entschieden verurteilt. Es
sollen nach Möglichkeit Wahlbewerber nach rechts und mit
der Fortschrittlichen Volkspartei angehebt
werden. Dabei soll die Partei ihre volle Selbständigkeit
als Mittelpartei wahren. Wahlunterstützung soll nur ge-
währt werden, wenn der betreffende Kandidat für die In-
teressen der Industrie, des Handels, Gewerbes und Landwirt-
schaft eingetreten bereit sei.

Wahlloos, 22. Sept. In einer von der Volkspartei, die
in letzter Zeit hier sehr gute Fortschritte gemacht hat,
einberufenen Versammlung sprach der Abgeordnete Naumann
im großen Saale der städtischen Turnhalle. Es waren etwa
5000 Personen aller Schichten der Bevölkerung, Männer und
Frauen, anwesend. Abg. Naumann analysierte scharf den
Begriff des Gottesgnadentums. Der Redner wandte sich
gegen die verächtliche Worte des Kanzlers Bethmann Hollweg,
der die Erklärung Bismarcks von 1905 verteidigen habe, die
dieser unter Zustimmung des ganzen Reichstages auch für
seinen Nachfolger gegeben habe. Die Anwesenden spendeten
dem Redner lebhaften Beifall.

Schule.

Zur Abtrennung der Fortbildungsschulen von den Fachministerien

„Schief. Ztg.“ aus „ausgezeichnet informierter“
Quelle:

Die Initiative zu den hierauf bezüglichen Verhandlungen
dürfte von dem Kultusministerium ausgegangen sein.
Der Wunsch hierzu hat die wiederholte nachdrückliche Forderung des
Landtages, die gleichzeitige Schulpflicht für alle Fortbildungs-
einrichtungen, gleichviel welcher Art, einzuführen. Die Unterrichts-
verwaltung soll die einfache Regelung dieser Frage in einer
eigenen Verbindung des Fortbildungsschulunterrichts mit der
Vollschulpflicht erlassen, bereit, daß die Zügelnde fortan nicht
mehr bis zum 14., sondern bis zum 17. Lebensjahre
schulpflichtig bleiben. Allerdings soll die über das
14. Lebensjahr hinausgehende Schulpflicht der Erlernung eines
Berufs nicht hinderlich werden. Daß die Kreise der Industrie, des
Handwerks und der Landwirtschaft eine solche Regelung an und für
sich nicht ungen nehmen werden, aus der Virennung der
Schule von den Fachministerien aber eine
Schwächung ihres Charakters als Fachschulen
bedeuten, beharrt kaum einer besonderen Bedenken. Es läßt sich
annehmen, daß auch die Minister für Handel und Gewerbe und
für Landwirtschaft nur ungern die Früchte einer 23jährigen resp.
15jährigen Arbeit der mit dem Wunsch zweifellos verbundenen
Theorienumkehr offen wollen. Demnach kann heute schon als
feststehend angenommen werden, daß die Wünsche des Kultus-
ministers erfüllt werden. Letzterer hat sowohl bei allen grund-
legenden Fragen Bestimmungen oder Einbelegungen der beiden
Fachminister in Unterrichtsangelegenheiten ein gewichtiges Wort
mitzureden und kann seinen Willen in mehr als einer Richtung
zur Geltung bringen. Es liegt in der Natur der Sache, daß
auch die anderen Schulen, die in größerer oder geringerer Beziehung
zur allgemeinen Unterrichtsverwaltung oder der Universitäten
stehen, möglichst in einer Hand vereinigt werden. Hierzu
gehören nicht in erster Linie die Land- und Wirtschaftsschulen,
Wald- (Landwirtschafts-) Schulen, dann die Kunstgewerbeschulen,
die Handels- und endlich auch die landwirtschaftlichen
Hochschulen.

Was der Artikel über die Stellung des Landtages sagt,
so schreibt man der „Nationallib. Kor.“ hierzu von unter-
schätzter Seite, ist nur halb richtig. Das Herrenhaus hat
auch mehrfach die allgemeine Einführung der Fortbildungs-
schulpflicht verlangt, aber das Abgeordnetenhaus
hat bisher immer, zuletzt noch im Mai d. J., seine Bedenken
geäußert. Was die Stellung der Berufsvereine
anlangt, ist direkt falsch. Es gibt heute noch un-
endlich viele Gegner jeder Fortbildungsschule, und auch die
Freunde verlangen noch so viele Rückfragen auf ihren Beruf,
daß sie für eine allgemeine Fortbildungsschule nicht zu haben
sind. Ueber einen mangelhaften Einfluß beklagt sich das
Kultusministerium selber nicht; wird doch direkt hervor-
gehoben, daß es heute bereits einen erheblichen Einfluß hat.
Hat es her nicht ausgenutzt, oder warum soll die Entwid-
lung, für die der Kultusminister selbst mitverantwortlich
ist, nun plötzlich in andere Bahnen gelenkt werden? Das
sich, doch sehr danach aus, als ob es sich nicht um sach-
liche, sondern um Machtfragen handelte. Damit
solle man aber unser Schülern verfluchen! Jedenfalls
sind Veränderungen geplant, die tief auch in unser wirtschaft-
liches Leben einschneiden. Eine um drei Jahre verlängerte
Schulpflicht ist selbst dann nicht leicht zu extrahieren, wenn die
Unterrichtszeit auch nur 10 Stunden in der Woche beträgt.
Es dürfte hohe Zeit sein, daß die Berufsvereine
tätigen und überhaupt die breite Öffent-
lichkeit sich eingehend mit dem angedeuteten Plane be-
fassen. Denn dürfte die Notiz in der „Schief. Ztg.“ zu
alles geben, daß schon irgend etwas feststeht. Noch ist
alles im Fluß und deswegen ist ein Einfluß noch möglich.
Es kann allerdings schon bald feststehen: „Zu spät!“

Aus den Kolonien.

Vom Bahnbau in Deutsch-Südwestafrika.

Aus Windhuk wird der „Köln Jg.“ geschrieben:
Während die von Keetmanshoop betriebenen Arbeiten der
Nordbahn planmäßig fortgeschritten, sind die von der Firma
Kaiserling-Koppel auszuführenden Arbeiten des nördlichen Strecken-
abschnitts Windhuk—Ruh noch nicht einmal über Windhuk hinaus-
gekommen. Es zeigt sich hier wieder der Fehler, daß man zu früh
mit den Arbeiten begonnen hat. Auch die derselben Firma über-
tragene Umbauarbeiten der alten Staatsbahnstrecke
Karisib—Windhuk vollziehen sich weit langsamer, als

man geplant hätte. Man kann getrost die Vollendung dieser Straße um ein Jahr hinauschieben. Dies wäre sogar im Interesse des Handels, dem die Verpflanzung der großen Arbeiterzahl zugute kommen sollte, nicht unerwünscht, wenn er nicht, soweit es sich um anfängliche Firmen des Güterverkehrs handelt, so gut wie ausgeschlossen ist. Den gesamten Prozeß für die jetzt etwa 1800 Köpfe zählenden Kapjungen führt die Unternehmerrfirma fast ausschließlich aus Deutschland oder Kapland ein. Die Kapjungen sind für die ganze Laufstrecke an zwei hamburger Firmen vergeben. Selbst Tabak, der jetzt in guter Qualität und in reichlichen Mengen im Lande erzeugt wird, wurde vom Auslande eingeführt. Die Kapjungen können sehr wenig kaufen, da von dem neben der Rate 60 Mark herangezogenen Monatslohn 40 Mark in Kapstadt an die Familien ausbezahlt oder für die Leute hinterlegt werden. Handelte es sich um ein auf eigene Gefahr geführtes Unternehmerrgeschäft, so wäre diese Zahlungsweise im Landesinteresse nicht zu billigen. Der wirtschaftliche Erfolg ist aber vom nationalwirtschaftlichen Standpunkt bei einem Regiebau, dessen Gesamtkosten aus Nechsmitteln der Kaufkraft in Bar erlöst werden. Die Heimatzahlung bedeutet nichts weniger als eine jährliche Ausgabe von rund 720 000 Mark an die Kapkolonie.

Man könnte eine derartige Maßnahme in einem dem Handel noch nicht erschlossenen Neulande versuchen. Hier aber, wo der Handelsstand noch immer unter den Rückschlägen der Aufstandszeit leidet, wo Fremder, Gewerbetreibende und Handwerker um das tägliche Brot kämpfen, wo fast kein Gelegenheit auch zum kleinen Verdienste begierig erhaschen, wird dieses Verfahren befremden. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, daß die Kaufkraft für die Felle- und Mauerarbeiten eine große Zahl Kroaten und Italiener eingeführt hat, obgleich eine hindrängende Anzahl tüchtiger Maurer im Lande vorhanden ist, von denen ein großer Teil arbeitslos geworden und ohne Lohn gegen Befestigung auf den Formen sein Dasein fristet.

Ob England in Deutsch-Dafrika. Ueber 14 000 Hektar Landes mit 3 1/2 Millionen Kaufschuldbäumen sind in den letzten Monaten in Deutsch-Dafrika an die vielen englische Gesellschaften verkauft worden. Da die Zahl der Kaufschuldbäume der Kolonie heute mit mindestens 15 Millionen anzunehmen ist, so ist also bisher annähernd ein Drittel Eigentum englischer Interessenten geworden.

Ausland.

Rusland wird mißtrauisch.

✓ Aus Petersburg wird gemeldet:

Die russische Regierung erklärte dem hiesigen türkischen Botschafter Zurek Pascha, sie könne nicht erlauben, manum die Türkei ihre Befestigungen am Schwarzen Meer eingangs des Bosporus vergrößern, warum die türkische Flotte die Schwarzmeerflotten besuche und die Forts die Simabahn in Angriff nehme, alles Dinge, die als Demonstration gegen das gute Einvernehmen zwischen Petersburg und Konstantinopel und als Zeichen dafür angesehen werden müßten, daß die Türkei zielbewußt ihren Anstich an den Dardanellen vorbereite und von einer mitteleuropäischen Großmacht systematisch besetzt werde. Turan Pascha antwortete, seine Regierung wünsche nicht nur die Freundschaft mit Rusland zu erhalten, sondern sie immer herzlicher zu gestalten. Die Türkei habe die Aufrechterhaltung des Friedens nie mehr gewünscht, als gegenwärtig.

Japan und die Befestigung des Panamakanals.

„Newyork Herald“ bringt aus Tokio die Nachricht, daß die Meldung von der Wüstung der Vereinigten Staaten, den Panamakanal zu besetzen, in Japan lebhaft kommentiert worden sei. Japanische hohe Beamte erklärten, es sei gefährlich, Mittel zu bewilligen, die den Vereinigten Staaten das ausschließliche Recht zur Befestigung des Kanals geben, und verlangen, daß das Prinzip der Neutralität, so wie es durch den amerikanischen Staatssekretär Knox erklärt worden ist, auch wirklich durchgeführt werde.

Verschwörung gegen den japanischen Kaiser.

✓ Aus London wird gemeldet: Die jap. Zeitung „Sochichinobun“ hatte die Meldung von einer Verschwörung zur Ermordung des Kaisers von Japan gebracht. Hierzu wird berichtet: Der Kaiser sollte gelegentlich eines Besuchs der Militärschule, die sich in einem Vororte von Tokio befindet, ermordet werden. Man ist überzeugt, daß der japanische Presse die Veröffentlichung einer derartigen Nachricht gefehlt wurde, weil bisher solche Mitteilungen in der gesamten japanischen Presse streng unterdrückt wurden.

Die Zahl der Fremden in Korea.

Der japanische Generalresident von Korea hat soeben eine Statistik herausgegeben, die interessante Einblicke in das koreanische Erwerbsleben und vor allem das Aussehen der Fremdenkolonie bietet.

Ende Juni zählte man in Korea insgesamt 13 382 Fremde. Die weitaus größte Mehrzahl davon sind Chinesen, zusammen 11 533. Von den weiteren Rassen finden sich Amerikaner mit 490 an der Spitze; es folgen England mit 183, Frankreich mit 89, Deutschland mit 48, Rußland mit 21, Griechenland mit 12, Italien mit 3 Ägypten. Ihrem Stand und ihrer Beschäftigung nach verteilen sich die in Korea lebenden Ausländer wie folgt: 99 sind Beamte, 453 Millionäre, 3757 Kaufleute, 125 Fachkolonnen, 959 Beschäftigte mit der Landwirtschaft, 138 mit Minenbau, einer mit Fischerei und 6611 mit anderen Ge-

werbenden. Die in Korea lebenden Chinesen sind gewöhnlich Kaufleute, Fabrikanten oder Bauern. Von den 183 Bergwerksbesitzern oder Bergwerksbeamten sind 104 Amerikaner. Auch unter den Millionären finden sich Amerikaner an der Spitze. Sie stellen 305 Familien der christlichen Religion, während die Engländer 30, die Franzosen 50, die Russen 4 und Deutschland 3 Missionare entsandt haben.

Amerikanische Lebensversicherungen streifen bei Asiatikern.

✓ Aus Newyork verlautet: Eine große amerikanische Versicherungsgesellschaft hat dem bekannten Millionär Kyan mitgeteilt, daß sie sich genötigt sehe, die ihm ausgesetzte Lebensversicherungspolize aufzuheben, weil Kyan, obgleich er sich nicht mit Asiatikern beschäftigt und auch nicht die Absicht hat, dies zu tun, zum Leiter des Internationalen Ozeanflugvereins ernannt worden ist. Die Versicherungsgesellschaft erklärt, daß derartige Funktionen sehr gefährlich seien. Die Versicherungssumme lautet bei Kyan auf 2 Millionen Dollars. Zahlreiche andere amerikanische Millionäre, die ebenfalls Mitglieder des Komitees für das Ozeanflugmeeting sind, befürchten seitens der Versicherungsgesellschaft eine ähnliche Behandlung.

Kleinigkeiten.

Umsicherung der böhmischen Staatsbahn.

Seit der Verstaatlichung der böhmischen Eisenbahn macht sich immer mehr eine Umsicherung bemerkbar. Die Direktion führte Umsicherungspläne, die die Bahnlinie in zwei Abschnitte unterteilt. Die Umsicherung wurde durch den bayerischen Staat übernommen. Die Umsicherung wurde durch den bayerischen Staat übernommen. Die Umsicherung wurde durch den bayerischen Staat übernommen.

Die Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Paris hat ihre Arbeiten beendet und einstimmig die Statuten der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angenommen.

Der Vorsitz übernahm, deren Sitz ein Komitee von 41 Mitgliedern bestimmen soll. Einstimmig beschlossen wurde die Gründung einer internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zum Präsidenten wurde Leon Bourgeois, zum Vizepräsidenten Dr. Freund (Berlin) gewählt.

Frankreich und der ägyptische Nationalkongreß.

Der Befehl der französischen Regierung, der die Tagung des ägyptischen Nationalkongresses in Paris unterlag, ist in Ungenauigkeiten Ägyptens große Verwirrung herbeigeführt. Ein großer Teil der ägyptischen Presse behauptet die Haltung der französischen Regierung, die den Befehl gegeben habe, um nicht achtunglos Tendenzen in Paris verbreiten zu lassen, und weil einige nationalpolitische Blätter die französische Propaganda befehligen. Der Kongreß wird nunmehr in Brüssel abgehalten werden, wo gleichfalls verboten wurde, englischfeindliche Reden zu halten.

Prinz Georg von Serbien in der Heimat.

Kaum ist Prinz Georg von Serbien wieder in seine Heimat zurückgekehrt, so sieht er schon wieder im Mittelpunkt des Interesses der serbischen Bevölkerung. Es wird nämlich gemeldet: Bevor der Prinz in Belgrad ankam, wurde er zum Hauptmann der Gendarmerie ernannt. Seine Rolle der Prinz seinen Posten antreten. Er ist aber entschlossen, Belgrad nicht zu verlassen. Er spent sich in seiner Wohnung ein und läßt niemand zu sich. Man ist allgemein gespannt, wie die Affäre enden wird, ob der Prinz oder der Kriegsminister sein Recht behaupten wird.

Deutscher Naturforscher- und Ärztekongreß.

Die Diskussion über Ehrlich-Hata 606.

Schw. Königsberg, 21. Sept. 1910. Nach dem Vortrage von Prof. Ehrlich über sein neues Syphilisheilmittel legte eine umfangreiche Diskussion ein. Prof. Conrad Alt von der Landes-Hygieneklinik Uckermarken teilte mit, daß er schon lange Untersuchungen mit Arsenophosphorsäure vorgenommen und große Erfolge damit erzielt hat. Vor einem Jahre etwa hat er Mitteilung von Ehrlich über das neue Mittel erhalten. Es war keine unbedenkliche Sache, denn damals war man in Arztekreisen noch sehr gegen die Arsenotherapie eingenommen. Zuerst wurden die Versuche überhaupt nur an Tieren vorgenommen. Eines Tages legten dem Redner zwei seiner Mitarbeiter, die Oberärzte Happe und Schröder, sie hätten sich das Präparat „Ehrlich-Hata 606“ eingemipft, ohne eine andere als eine mäßige löcherhafte Reaktion zu lokieren. Fünf Monate lang wurde dann das Mittel erprobt und dabei gefunden, daß selbst hartnäckige Fälle in verblühender Weise zurückgingen. Ein Zufall ist ausgeschlossen. Vielmehr liegen spezifische Wirkungen vor. Bisher sind 400 intravenöse Fälle behandelt worden. Die erste Injektion ist intravenös erfolgen, die letzte nach 4 Wochen intramuskulär. Letzter sei zuzusetzen und zu frühzeitig in der medizinischen Fachpresse und der Tagespresse über das Mittel gedrungen worden. Jetzt sei es Zeit, wieder Ruhe einzutreten zu lassen. Es besteht die Gefahr, daß man zu frühzeitig vorzeitig und nicht vorzüglich die Aufhebung der Giftstoffe abwartet. Nichtig angedeutet, ist das Mittel durchaus unschädlich. Nur schwere Fälle von Paralyse sind auszuscheiden. Hier steht man aber im ersten Stadium ganz wunderbare Erfolge. Namentlich bezüglich der Sprache, bei Sinesus. Der Schwerpunkt liegt hier in der vorübergehenden Wirkung gegen die Nachschmerzen des Mittels. Hier wird das Ehrliche Mittel Wandel schaffen. — Dr. Schröder macht Mitteilungen über die technische Ausführung der Injektionen und zeigt die neuerfundene Spritze vor. Professor Joelen (Petersburg) zeigt den Apparat, den er seinerseits zur Einspritzung konstruiert hat und geht dann auf die Behandlung einiger Malariafälle in Petersburg in „Ehrlich-Hata 606“ ein. Die Wirkung war eine ganz ausgezeichnete. Später wurden im Reinfokus, speziell in Batum, 60 Fälle behan-

delte. Die Resultate waren ebenfalls gut. Tertiäre Fälle wurden zu 70 Proz. mit einer Einspritzung geheilt. Die Versuche mit tropischer Malaria sind noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls sind hier die Parasiten resistent. Die Wirkung im allgemeinen kann hier nur als halbbescheiden bezeichnet werden, weshalb wohl am besten eine Kombination mit Chinin vorzuschlagen ist. Dr. Grünfeld (Delft) macht Mitteilungen über die Syphilis in Rußland, wo in manchen Dörfern 80 Prozent der Bewohner erkrankt sind. Prof. Dohi (Tokio), ein ehemaliger Schüler von Weiler, behandelt in deutscher Sprache unter Vorführung von Photographien Fälle aus Japan. Professor Gouzen (Gallie) betont, daß Syphilis nicht heilbar ist, um die Frage der dauernden Heilung unangenehm zu beantworten. Somit sei das Mittel jeder ärztlichen Therapie überlegen. Glad (Serajemo) hat 417 Fälle behandelt und nur 4 Rezidive gehabt. Die Heilung trat gewöhnlich in 10 Tagen ein. Sanitätsrat Wachselmann (Berlin) führt einen gelähmten Patienten vor, bei dem Rationell verlagert hat. Auch bei Paralytikern und Tabettikern hat Weidemann sehr günstige Resultate erzielt, u. a. ist eine Wiederkehr der Kapillarerose eingetreten. Eine Kontraindikation für das Mittel ist gegeben bei Herzfehlern, obwohl Prof. Weiler bei 38 Herzerkrankten keine schlimmen Wirkungen auf das Herz, sondern eine Erniedrigung des Blutdruckes beobachtet hat. Unangenehme Nebenwirkungen des Mittels seien öftere Neurosen. In der weiteren Debatte wurde der Verbotsgesetz über das Mittel und weiter der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dem „606“ bald ein „Ehrlich-Hata 607“ und „608“ mit noch besseren Eigenschaften folgen möchten.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht.

Halle a. S., 21. September.

Ein gemaltiger Hausgenosse.

Der wegen Raubvergehens schon mehrmals vorbestrafte Arbeiter Gustav Busch von hier geriet eines Abends mit dem Hausmann in Streit, weil dieser mehrere Minuten vor der Heimkehr des Busch die Haustür abgeschlossen hatte. Busch belästigte ihn durch sehr grobe Schimpfereien und erhielt schließlich eine kräftige Ohrfeige. Er brachte darauf dem Hausmann mit einem heftigen Gegenstande blutende Verletzungen am Kopfe und Gesichte bei. Auch die singuläre Hausmannsfrau verwarbete er an der Hand. Die Verletzten vermögen nicht anzugeben, ob die von Busch benutzte Waffe ein Messer gewesen ist. Seine Behauptung nach bediente er sich einer abgedrehten Türklinke. Die Klinke der Haustür war aber unerfehrt. Das Schöffengericht verurteilte Busch wegen gefährlicher Körperverletzung zu sechs Wochen Gefängnis. Der Anwalt hat drei Monate beantragt.

Rationalisationsmangel im Saalreise.

Ein Hausbesitzer in Wörmlich hatte ein Strafmandat über 3 Mark erhalten, weil im August d. J. seine Düngrube übergelassen war und sich auf die Dorfstraße ergossen hatte. Gegen den Strafbefehl erhob er Einspruch mit der Begründung, das Überlaufen der Düngrube sei durch starke Regenfälle verursacht worden, so daß es gar nicht habe verhindern können; zu wenig, als sein Grundstück etwas hoch liege. Weshalb sollte die Gemeinde nicht für hinderende Rationalisation? In Wörmlich und andern Dörfern des Saalkreises hätten die Hausbesitzer mit der Ableitung der Abwässer große Not, da keine ausreichenden Hilfsmittel vorhanden seien. Auch der Anwalt erkannte an, daß die Hausbesitzer des Saalkreises sich in dieser Beziehung in schweriger Lage befinden. Die Polizeiverordnung für den Saalkreis vom 17. August 1898, die das Weiten von Schmutzwasser um auf die Straße verbietet, bestehe indes zu Recht und müsse daher befolgt werden. Von einem Hofstande im Sinne der Verordnung könne im vorliegenden Falle nicht die Rede sein. Nachlass könne höchstens angenommen werden, wenn die Abwässer etwa durch einen Vollenbruch weggeleitet würden. Die Strafmandat habe bisher in ähnlichen Fällen aus dem Saalkreis einen Notstand nicht gegeben erachtet und erst kürzlich ein freisprechendes Urteil des Schöffengerichts, das in der Angelegenheit zweier Hausbesitzer in Lettin einen Notstand anerkannt hatte, wieder aufgehoben. — Der Einspruch des Wörmlicher Hausbesitzer wurde vernein, jedoch mit der Maßgabe, daß in Berücksichtigung seiner mißlichen Lage die Strafe von 3 Mark auf 1 Mark herabgesetzt wurde.

Luftschiffahrt.

Abflug eines Aviatikers.

London, 22. Sept. Die Aviatikerverse in Halle-Plone hat mit einem schweren Unfall ihren Anfang genommen. Der Aviatiker Barnes, der in der Luft ein Kunststück vorführen wollte, ging hierbei zu Schanden. Er stürzte aus einer Höhe von etwa 20 Metern zur Erde und erlitt einen schweren Schädelbruch, so daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert.

Vertagung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Auslands, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Volkow; für das Feuilleton: J. V. Eugen Brinkmann; für den Internatenteil: Hermann Göbel; Druck und Verlag von Otto Hendel, Gömmlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Es ist zur Genüge bekannt, daß unter letzter Seiten nur wenige die größere Ausgabe dafür rechtfertigen. Der bekannte große Roman mag als Beweis dafür gelten, daß von der Mythologie hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gesundheit des Leibes niemand enttäuscht ist. Preis pro Stück 50 Pfennig.

Allerbeste, blütenweisse Milch-Mast-

Gäse Pfd. 02 Pf.

Oderbrucher oder andere billigere Ware führe ich nicht.

Hamb. Mastenten, Masthähnen, Frischgeschossene Rebhühner, Brüsseler Poullarden, Steir. Fater, Zarte blutfrische Bekonnen, Prima Rehbrücken, Rehbläuter.

Caviar, durch direkten Import grosser Quantitäten größte Leistungsfähigkeit. In jeder Preislage ganz hervorragende Qualitäten a Pfund 10.—, 12.—, 14.—, 16.—, 20.— ständig in Eis.

M. d. Bahatt-Sp.-V.

Jetzt sehr billig: Lebensnummer a Pfund 2.90 M. Auch auf Platten garniert, ohne Freierhebung. Remoulade, Französische Weintrauben, prachttvoll, süß und dünnalisch, in kleinen Kisten, a Pfund 40 Pf.

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 46. Telephon 735.

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
Die todesmutigen 4 Orig.-Perez
The Mals Sisters in ihren halbbrecherischen Leistungen.
Das mystische La Dame Masquée
 und die übrigen Sensationen **muss man gesehen haben!**
 Anfang präzis 8 Uhr. Gewöhnliche Preise.

Flügel Kaps Pianos
 Albert Hoffmann, Am Riebeckplatz.

Bad Wittekind.
 Freitag nachm. 3 1/2 Uhr
Kur-Konzert.
 C. Rohde.

Krankenkassen-Verband.
 Freitag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale der Kaisersäle eine öffentliche Versammlung aller Arbeitgeber und Kassensmitglieder statt, in welcher Herr Alwin Brandes, Magdeburg, über **„Freie Arztwahl“** sprechen wird.

Skat-Klub Germania 1910.
 Eigene, elegante Privat-Räumlichkeiten.
General-Versammlung.
 Herren, auch Nichtskatspieler, können noch betreten. Meldung beim Vorsitzenden **Nathanstraße 13a, I.**

Augustinerbräu
 Vollständig renoviert.
 Inh. Paul Schreiter.
Säle für Hochzeiten, Feste, Vereinsfestlichkeiten.
 Reelle Bedienung. Solide Bedingungen.
 Größere und kleinere Vereinszimmer sind noch auf mehrere Tage in der Woche zu vergeben.
 Paul Schreiter.

Cecilienhaus, Halle a. S.,
 Gütchenstraße 19. — Telefon 780.
Heilanstalt für Kranke und Erholungsbedürftige.
 Schwestern-Station für Kranken- und Wochenpflege.
 Elektro-physikal. u. Massage-Institut.
 Operations-Zimmer.
 Licht-, Kohlensäure- sowie alle medizinischen Käder.
 Elektrische und Inhalations-Apparate für Asthma- und Halsleidende.
 Abteilung für Magen-, Darm-, u. Stoffwechselkranke, sowie für Nervenkrankheiten.
 Jeder Patient kann sich von dem Arzt seiner Wahl behandeln lassen.

Blankenburg, Harz
 Klimatischer Kurort — Sommerfrische Pensionatopola.
 Frische, anregende Gebirgsluft (Garzi Brocken!) und doch mildes Klima (Durchschnittstemperatur 9,5°), keine Niederschläge! Herrlich geleg. Bergschlößchen (12.000 Ginn.) mit reicher Gartengestaltung (pers. Dffiziere u. Beamte), Schloß, Sommerkaffee, Kaiserjagd, Theater und Konzerte, Gymn., Beachlois u. Elektr.-Licht. Wichtige Eisenröhren! Man verleiht mit Zinsenfreien künftighin ausgestatteten Häuser und fährt durch Blankenburg und Umgebung unentgeltlich vom Stadtmagistrat u. durch die Bureaus Daasenstein & Vogler H. 69.

Kaiserbad Schmiedeberg A-G
 Spezialanstalt für **Rheumatiker u. Gichtkranke.**
 Eisenmoorbäder im Haus!
 Vorzügliche Erfolge. •• Mäßige Preise.
 Ausführliche Prospekte durch die Verwalt. von

Karl Abicht,
 Reparatur-, Reinigungs- und Bügelanstalt aller Herren-Garderoben von
Seminar - Kindergarten,
 Harz 15. Anmeldungen täglich.

Dr. Gerhard's Privat-Anstalt
 Erlehnungs-, Unterrichts- u. Vorbereitungsanstalt für alle Klassen hoch. Schulen in Arnstadt i. Th.
 Herrl. Lage. Mildes Klima. Vorzügl. Pension. Rationelle Körperpflege. Individ. Unterricht u. bewährte Meth. Gatte Erfolg. Eintritt jedorz. Näh. durch den Besitzer u. Leiter Dr. phil. H. Gerhard.

Stadt-Theater
 in Halle a. S.
 Freitag, den 23. September 14. Vorh. im Abm. 2. Viertel. Novität! Zum 4. Male: Novität!
TAIFUN.
 Schauspiel in 4 Akten v. Weidner u. Engel.
 Spielleitung: Walter Sieg.
 Personen:
 Dr. Niobe Tofe rano
 Frau Holbama W. Fickel
 Frau Kobowitsch Dr. S. Fickel
 Frau Sinorari Dr. B. Fickel
 Dr. Egelma Dmayi G. Dammes
 Frau Jotomo G. Stadlberg
 Frau Rita A. Krüppner
 Frau Minate Paul Jungt.
 Dr. Theodora Dupont
 Professor Georg Thies.
 Frau Dupont Maria Lübben
 Charles Renarde
 Heintz, Schrittelier
 Walter Sieg.
 Helene Carosche Zimmermann
 Herrs Weimier M. Schloma.
 Georges Reutner
 Diener bei Tofe rano
 Herr Nicolai
 Gerichtspräsident Hk. Fickelich.
 Staatsanwalt H. Schilling
 Verteidiger G. Hubold
 Dolmetsch Carl Kallard.
 Schriftführer Albert Weber.
 Ein Geschworener Emil Lübben.
 Gerichtsdienner Friedr. Bern.
 Spielt im heutigen Paris.
 Die neue Zimmer-Decoratoin ist entworfen u. ausgeführt im Atelier des Stadttheaters unter Leitung des Dekorationsmalers Gustav Kammerath.
 Nach dem 2. Akt längere Pause.
 Kassenöffnung 7 Uhr.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
 Sonnabend, d. 24. Sept. 1910 15. Vorkellung im Abonnement. 3. Viertel.
 Zum 2. und letzten Male:
Fra Diavolo
 oder
 Das Gasthaus zu Terracina.
 Komische Oper in 3 Aufzügen von G. Scride. Musik von E. G. S. Aubert.
 Vor und nach dem Theater im **„Weinhaus Broshowski“.**
 Delikate feine Imbissplatten, feine Fischgerichte in gr. Auswahl, vortreffl. gutbeimöhlliche Weine zu annehmlich mäßigen Preisen.
 Theatervgläser, größte Auswahl Carl Schneider, gr. Ulrichstr. 20.

Neues Theater.
 Direction: G. R. Mauthner.
 Freitag: Zum vorletzten Male:
Das Land der Jugend.
 Operngläser, größte Auswahl.
 Optik. C. Schaefer, gr. Steinstr. 29.
Auswärtige Theater.
Leipzig.
 Neues Theater: Freitag, den 23. September: Siegfried.
 Altes Theater: Freitag, den 22. September: Die kleine Feuersäule.
 Leipziger Schauspielhaus: Freitag, den 23. September: Der Hund der Sabinerinnen.
 Neues Operetten-Theater: Freitag, den 23. September: Keine Wädden.

Magdeburg.
 Stadttheater: Freitag, den 23. September: Tannhäuser.
Altenburg.
 Stadttheater: Freitag, den 23. September: Revolutionshochzeit.

Goburg.
 Stadttheater: Freitag, den 23. September: Wenn der junge Wein blüht.
Weimar.
 Stadttheater: Sonnabend, den 24. September: Ein Volksfeind.

Welt-Panorama,
 Ob. Leipzigerstraße 38. **Salsanmergut.**
Zur Aufführung im Stadttheater in Halle a. S.
 Sonntag, den 25. Sept. 1910. **Hendels Operntexte mit Notenbeispielen Die Zauberflöte.**
 Oper in zwei Akten von Emanuel Schikaneder.
 Musik von W. A. Mozart.
 Preis gebietet 20 S.
 Verlag von Otto Hendel in Halle a. S.

Fr. z. St.
 24. 9. nachm. 7 1/2 Uhr III. Bef. Brm.
 Hausverwaltung übernimmt erfahrener und gewissenhafter älterer Herr (Hausbesitzer) unter angemessenen Bedingungen, 67. unter B. Z. 3600 an Rudolf Mosse, Halle. 16382

Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstraße 57, am Güterbahnhof 5.
 Reichhaltige Auswahl
Eiserner Oefen u. Kochherde
 in allen Systemen und Ausstattungen.
 Dauerbrandöfen für Anthrazit, Fabrikate „Riesener“, „Jancker & Röh“, „Leonhold“, Dauerbrandöfen, Feinbes System, für jede Größe.
 „Winters Germanen“
 „Mangravs Original-Oefen“ (Esch & Co.)
 „Eisene Oefen“ des Fürstlich Stolberg'schen Hüttenwerkes (Halle) u. s.
 schwarze, vernickelt, emailliert, mit Majolica-Einlagen.
 Beste Modelle 1910/11.
 Transportable Kochherde, schwarz und fe. emailliert.
 Gasöfen, Gasherde, kombinierter Kohlen- und Gasherde.

Photographie Benckert,
 Gebrüder 1856 29 Gr. Ulrichstr. 29. Gebrüder 1856.
 Preise für Glasbilder: Preise für Metallbilder:
 12 Bist 3.- März, 12 Bist 4.50 März,
 12 Bist 6.- März, 12 Bist 6.- März,
 12 Victoria 4.25 März, 12 Victoria 5.75 März,
 in betannt tabellöser Ausführung und Salzbildern.

Städtische Baugewerkschule zu Bad-Sulza (Nür.)
 Abteilungen für Holz-, Kleb- und Eisenbetonbau. Beginn des Wintersemesters: 15. Okt., des Sommersemesters: 6. April.

Apollo-Theater
 Direction: Gustav Poller.
Das II. grandiose Programm der Jubiläums-Saison.
 Gastspiel des Kölner Possen-Theaters Schmitz mit der tollsten Burleske:
Der Mann meiner Frau.
 Jack Bartseni's Weltbekannte
Löwen-Gruppe
 (6 Löwen, 2 Tigerbögen).
 Censuration. Censuration.
Ein Dame im Löwenkäfig!
 Miss Bartseni singt und tanzt inmitten der Löwen im Löwenzwinger. Und die übrigen großen Attraktionen. 16385

Walderholungsstätte Heide.
 Schluss am 25. Septbr. 1910.

Handschuhe F. C. Siebert,
 untere Leipzigerstr. 9, gegenüber der Kirche.

Waldsanatorium Bad Gröna i. Sa.
 im Erzgebirge. 400 m ü. M. 12 km von Chemnitz.
 Für Erholungsbedürftige: Nerven-, Magen-, Darm-, Herz-, Stoffwechsel- und Frauenleiden. Kur und Pension 7-10 Mark pro Tag. Illustr. Prospekt freil. Dr. Dahms, dirg. Arzt.

Transportable Sparkochherde
 für Hausungen, Hotels, Rittergüter.
Feine Emaille-Herde
 in eleganter Nickel-Ausstattung für Gas- oder Kohlen-Feuerung.
Wilh. Heckert,
 Gr. Ulrichstr. 57, A. Güterbahnhof 5.

Schreibarbeiten jeder Art,
 wiffenschaftl. u. geschäftl. Hand u. Maschine, Beschriftungen, Handschrift, Stenographie u. s. liefert
Gallische Schreibstube.
 Gemeinnützige Unternehmen. Beschäftigung Stellenloser. Hilfe für Schwache, Kontors, Bureauarbeit auf Stunden und Tage, auch ins Haus und nach auswärt. 4760
 Kestlerstraße 16. Fernsprecher 2794.

Wäschemangeln
 für Hans u. Kolibri. D. R. G. M. Modell Wani Thiele sind die besten. Rechenhebung u. unten. Seidner Gang. Wäscheleitung d. Blatt. überstehend. Konstruktions. Bitte u. Anlauf erst meine Preisliste zu verlangen. Wäschemangeln Paul Thiele, Chemnitz, Sarntmannstr. 11.

Bitte lesen!
Belm Einkauf von Henkel's Bleich-Soda
 15 Pfg. Jedes Paket, achte man genau auf untenstehende Packung und weise Nachahmungen, da meistens minderwertige, energisch zurück. 5896

Henkel's Bleich-Soda
 Spart bedeutend Seife, macht die Wäsche blendend weiß. Uebertrifft bei allen Reinigungs-zwecken die Soda durch raschere u. gründlichere Wirkung, macht namentlich Metallgegenstände sehr klar u. Holzgegenstände sehr weiß. Greift Hände u. Wäsche nicht an. Löst sich in Wasser sehr rasch, sollte deshalb in keiner Haushaltung fehlen.